



Gemeinsame Ziele und Werte

- **Die Schweiz ist eine verlässliche Partnerin in Europa.** Als engagiertes Mitglied des Europarats, der OSZE und der OECD setzt sich die Schweiz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Stabilität und Wohlstand in Europa und der Welt ein.
- Die Schweiz verfolgt eine langjährige **Entwicklungszusammenarbeit** mit den osteuropäischen Ländern und den Balkanländern ausserhalb der EU (2,9 Mrd. CHF für Westbalkan-Staaten seit 1995). Zudem hat sie mit einem **Kohäsionsbeitrag** von 1.3 Milliarden EUR zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU zahlreiche Projekte in den 13 seit 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten umgesetzt. Die Schweiz beabsichtigt, dieses Engagement mit einem Zweiten Schweizer Beitrag im gleichen Umfang mit den Schwerpunktthemen Berufsbildung und Migration weiterzuführen.
- Angesichts der Herausforderungen im **Migrationsbereich** zeigt sich die Schweiz solidarisch mit ihren europäischen Partnern. Sie setzt sich im Rahmen der Dublin-Reform für eine faire Lastenverteilung zwischen den Staaten und somit für eine ganzheitliche und nachhaltige europäische Migrationspolitik ein. Sie leistet auch auf bilateraler Ebene Hilfe, beispielsweise indem sie Griechenland jüngst mit Projekten, humanitären Hilfsgütern, der Entsendung von Spezialist/innen und der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden unterstützte. Zudem beteiligt sich die Schweiz finanziell sowie personell am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) und leistete einen freiwilligen Beitrag von 5 Millionen CHF an den «*EU Emergency Trust Fund for Africa*».
- Die Schweiz trägt zur Förderung von **Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa** bei, bspw. indem sie sich regelmässig an EU und OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen beteiligt. Sie unterstützt friedensfördernde Missionen der EU in Kosovo (EULEX) und in der Sahel-Region (EUCAP Mali) mit zivilen Experten sowie mit über 20 Armeeangehörigen in Bosnien-Herzegowina (EUFOR Althea). Geplant ist auch eine Beteiligung an der zivilen EU-Mission im Irak (EUAM Irak). Zudem sind gegen 200 Schweizer Armeeangehörige in der NATO KFOR in Kosovo und fünf als zivile Entsendungen an die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine im Einsatz.
- Die Schweiz leistet zwischen Konfliktparteien **gute Dienste**, sei es in Form von Mediationen (Dialog Belgrad-Pristina), als Gaststaat von Verhandlungen (z.B. Iran/JCPOA, Zypern-Gespräche), durch die Unterstützung von laufenden Friedensprozessen (z.B. Berlin Prozess zu Libyen) oder – auf der Grundlage von Schutzmachtmandaten - durch die Vertretung der Interessen von Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten (z.B. Georgien/Russland).
- Generell stimmt die Schweiz ihre **Aussenpolitik** mit der Aussenpolitik der EU ab. Sie unterstützt die Sanktionspolitik der EU im Grundsatz und arbeitet auf internationaler Ebene insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Politik sowie Menschenrechts- und Friedenspolitik eng mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zusammen.

Enge und intensive Beziehungen

- **Zahlreiche bilaterale Abkommen** bilden die Basis der engen Beziehungen Schweiz-EU. Die EU hat mit der Schweiz mehr Abkommen abgeschlossen (>100) als mit jedem anderen Drittstaat. Diese umfassen eine Vielzahl relevanter Politikbereiche wie den Binnenmarkt (Freihandel, Personenfreizügigkeit), die innere Sicherheit und Asyl (Schengen/Dublin), Verkehr (Land- und Luftverkehr), steuerliche Zusammenarbeit, Forschung, Umwelt, Statistik etc.
- Die Schweiz gehört zu den **wichtigsten Wirtschaftspartnern** der EU¹:
 - **Warenhandel:** Die Schweiz ist die **viertwichtigste Partnerin** der EU hinter den USA, China und dem UK mit einem Anteil von ca. 7% am gesamten EU-Aussenhandels. Der gesamte wirtschaftliche Austausch beträgt über 1 Mrd. CHF pro Arbeitstag. Dabei erwirtschaftet die EU einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 28 Mrd. Euro.

¹ Zahlen von Eurostat für das Jahr 2018 (Investitionen) und für das Jahr 2019 (Warenhandel und Dienstleistungshandel).

- **Dienstleistungshandel:** Die Schweiz ist die **drittwichtigste Partnerin** der EU hinter den USA und dem UK mit einem Anteil von 7.9% den EU-Importen bzw. von 12.3% an den EU-Exporten. Das jährliche Dienstleistungshandelsvolumen beträgt rund 131 Mrd. CHF bei einem Bilanzüberschuss für die EU von ca. 56.6 Mrd. Euro.
- **Investitionen:** Die Schweiz ist nach den USA die **zweitwichtigste Investorin** in der EU mit Direktinvestitionen von 827 Mrd. Euro (mehr als 12% der gesamten Direktinvestitionen von ausserhalb der EU). Davon hängen ca. 840'000 Arbeitsplätzen in der EU ab. Gleichzeitig liegt die Schweiz hinsichtlich Investitionen aus der EU mit 1'063 Mrd. Euro auf dem zweiten Rang.
- Die **Arbeitsmärkte** sind eng verflochten: 1,43 Mio. EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger leben bzw. arbeiten in der Schweiz, das entspricht ca. 17% der Schweizer Gesamtbevölkerung von über 8,5 Mio. D.h.: Jeder/jede 14. EU/EFTA-Bürger/in, der/die innerhalb des EU/EFTA-Raums in einen anderen Staat ausgewandert ist, wohnt in der Schweiz. Dazu kommen ca. 333'000 Grenzgänger/innen aus der EU. Jährlich werden zusätzlich rund 92'000 EU-Arbeitnehmer/innen in die Schweiz entsandt, hinzu kommen 27'000 selbständige Dienstleistungserbringende aus der EU. Umgekehrt leben bzw. arbeiten 490'800 Schweizer/innen in der EU, was rund 63% aller Auslandschweizer/innen ausmacht.
- Die Schweiz erhöhte mit dem Bau der **Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT)** die Transportkapazitäten für den reibungslosen Handel im europäischen Binnenmarkt und setzt dafür rund 23 Mrd. Euro ein. Der Gotthard-Basistunnel, ein wichtiger Bestandteil dieses Alpenkorridors, ist der längste Eisenbahntunnel der Welt. Seit Mitte Dezember 2020 ist die NEAT mit der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels vollendet. Für den Ausbau der Lötschberg-Simplon-Achse auf italienischer Seite steuert die Schweiz bis 2028 rund 148 Mio. CHF bei.
- Die Schweiz und die EU verbindet auch eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich **Forschung und Innovation**. So strebt der Bundesrat eine Vollasoziation an der nächsten Generation der EU-Programme im Bereich Forschung und Innovation und damit am gesamten Horizon Paket (*Horizon Europe*, Euratom, ITER und DEP) an. Zudem sind 39.8% des akademischen Personals an Schweizer Universitäten EU-Bürger/innen.²
- Im Rahmen ihrer Assoziation an **Schengen/Dublin** setzt sich die Schweiz für gemeinsame europäische Lösungen in den Bereichen Sicherheit und Migration sowie für eine glaubwürdige Asylpolitik auf europäischer Ebene ein. Sie beteiligt sich aktiv an Instrumenten zur Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie an den konzertierten Massnahmen zum Schutz der Schengen-Ausgangsgrenze und zur Verbesserung der Rückkehr.

Enge Partnerschaft bewährt sich in der Covid-19 Krise

- Die enge Zusammenarbeit mit der EU und den EU-Staaten sowie der rasche **Einbezug der Schweiz in das EU-Krisendispositiv** haben sich als wichtige Faktoren zur Bewältigung der Covid-19 Krise erwiesen. Dabei hat sich die Bedeutung der bilateralen Vertragsbasis Schweiz-EU für beide Seiten bestätigt (u.a. für die Versorgungs- und Patientensicherheit).
- Zu den **Unterstützungsleistungen** der Schweiz beim Krisenmanagement gehörten Repatriierungsflüge, die Übernahme von Patient/innen, die Lieferung von medizinischer Ausrüstung bspw. an Italien oder die Unterstützung von Griechenland mit humanitärer Hilfe für Migrant/innen und Flüchtlinge.

² Hochschulpersonalerhebung des BFS für das Jahr 2019.

Institutionelle Fragen

- Die Schweiz und die EU haben die Absicht, durch die Einigung auf **institutionelle Mechanismen** (dynamische Rechtsentwicklung, einheitliche Rechtsauslegung, Überwachung der Anwendung der Abkommen sowie Regelung der Streitbeilegung) das Funktionieren der bilateralen Marktzugangsabkommen zu verbessern. Durch ein entsprechendes **institutionelles Abkommen** (InstA) sollen Rechtssicherheit sowie Rechtshomogenität gestärkt, der gegenseitige Marktzugang konsolidiert und die Weiterentwicklung des Marktzugangs durch neue Abkommen ermöglicht werden.
- Anfang 2019 führte der Bundesrat Konsultationen über den Entwurf eines Abkommens mit den am meisten betroffenen politischen und wirtschaftlichen Akteuren in der Schweiz durch. Basierend auf den Konsultationsergebnissen forderte er **Klärungen** der offenen Punkte in den Bereichen Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie (UBRL).
- Am 11. November 2020 legte der Bundesrat seine Position betreffend die notwendigen Klärungen fest, seit Januar 2021 laufen die Gespräche mit der EU. Nur wenn es gelingt, in den letzten noch offenen Punkten zufriedenstellende Lösungen zu finden, besteht die Aussicht auf **ausreichende innenpolitische Unterstützung**, welche für eine Genehmigung des Abkommens durch das Parlament und – im sehr wahrscheinlichen Fall eines Referendums – durch das Volk nötig ist.

Ausbau der Beziehungen, wo gemeinsame Interessen bestehen

- Der Bundesrat strebt eine Weiterentwicklung der Beziehungen durch den Abschluss weiterer Marktzugangs- und Kooperationsdossiers mit der EU in gemeinsamen Interessensbereichen an, namentlich beim Abkommen über den **Zugang zum Strombinnenmarkt**. Das Hauptanliegen der Schweiz und der EU ist die Versorgungssicherheit in einem liberalisierten Umfeld. Der Netzzugang für den grenzüberschreitenden Stromverkehr muss geregelt sowie die Sicherheitsstandards für die Stromnetze harmonisiert werden. Dies ermöglicht der Schweiz weiterhin als Stromdrehscheibe Europas zu funktionieren und dank dem flexiblen Einsatz ihrer Pumpspeicherkraftwerke als „Batterie“ im Alpenraum zur Lastverteilung der europäischen Stromversorgung beizutragen.
- Zudem laufen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wie **Lebensmittelsicherheit** oder **öffentliche Gesundheit**. Der Abschluss eines Gesundheitsabkommens ist auch deshalb wichtig, weil die Schweiz damit einen gesicherten Zugang zu den EU-Frühwarnsystemen im Gesundheitsbereich und zum Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) erhalten würde, welche sich in der Covid-19-Krise als wichtige Instrumente der europäischen Zusammenarbeit bewährt haben.
- Im Jahr 2013 wurden Abkommen zur Kooperation der **Wettbewerbsbehörden** und über die Zusammenarbeit im Bereich der **Satellitennavigation** (Galileo) abgeschlossen. Im Januar 2020 ist das Abkommen Schweiz-EU über eine Verknüpfung ihrer Handelssysteme für CO₂-Emissionsrechte (**ETS**) in Kraft getreten.